

## R-7 Fachkommission der SP Schweiz für Friedens- und Sicherheitspolitik

### Öffentliche Sicherheit für alle

Alle Menschen haben einen Anspruch darauf, sich sicher fühlen zu können. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht und Einkommen hat gleichermassen Anrecht auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Sie ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich und bildet als Basis eines freien, eigenständigen Lebens einen wesentlichen Aspekt von Lebensqualität. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Sicherheit bedingt, dass jeder und jede Einzelne sowie die Gesellschaft als Ganze über Entwicklungsperspektiven sowie die Freiheit und die Möglichkeit verfügen, diese zu verwirklichen. Dies setzt Chancengleichheit und soziale Sicherheit ebenso voraus wie Wahrung der Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Wir setzen uns gleichzeitig dafür ein, dass sich die Menschen in ihrem Alltag sicher fühlen können: an ihrem Wohnort, bei ihrer Arbeit, unterwegs, in einem Stadion oder einer Unterführung, im öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder auf eigenen Rädern – bei Tag und bei Nacht. Das weit verbreitete Gefühl, die Sicherheit im öffentlichen Raum habe abgenommen, muss deshalb ernst genommen werden. Die SP will, dass Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit konkret und lösungsorientiert angegangen werden – und nicht weiter Spielfeld fruchtloser medialer und ideologischer Debatten bleiben.

Sicherheit ergibt sich aus einem vielschichtigen Zusammenwirken verschiedenster Faktoren. Dazu gehören soziale Sicherheit, Bildung, Arbeit, eine nachhaltige Entwicklung und die Verminderung des Unrechts und der Armut bei uns und in andern Ländern ebenso wie die sichere und umsichtige Gestaltung des öffentlichen Raums. Massnahmen zur Erreichung solch langfristig angelegter Ziele bilden das Fundament einer sozialdemokratischen Politik der öffentlichen Sicherheit. Spezifische Massnahmen gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit müssen diese Politik aber ergänzen. Für die SP ist dabei zentral:

**1. Wir wollen genügend sowie gut qualifizierte Polizeikräfte.** Die Polizei trägt zur öffentlichen Sicherheit bei und ist zentraler Teil des Service Public. Polizeipräsenz an neuralgischen Orten und echte polizeiliche Präventionsarbeit fördern die öffentliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl. Die Polizeikorps müssen über ausreichend Personal und finanzielle Mittel verfügen und gleichzeitig hoch qualifiziert, gut geführt und politisch streng kontrolliert sein. Ein Missbrauch der anvertrauten Gewalt muss ausgeschlossen sein. Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung, Entlohnung und öffentliche Anerkennung müssen den hohen Anforderungen, die heute an Polizeikräfte gestellt werden, gerecht werden.

**2. Polizeiliche und nichtpolizeiliche Organisationen müssen zusammenarbeiten.** Zwischen der Polizei mit ihrem hoheitlichen Ordnungsauftrag und den Sozialdiensten sowie weiteren Behörden und Organisationen müssen Kooperation und Kommunikation im Rahmen eines kohärenten Konzepts von Prävention, Intervention und Repression gestärkt werden. Dies ist namentlich bei der Jugendpolizei entscheidend. Dabei müssen Nahtstellen verbindlich geklärt werden. Eine koordinierte Präsenz an neuralgischen Orten und gute Anlaufstellen können das Risiko von zu Gewalt und Kriminalität neigenden Szenen verringern und Respekt sowie Koexistenz verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum verbessern.

**3. Wir wollen institutionelle Reformen im System der inneren Sicherheit.** Es braucht eine Verbesserung der interkantonalen Koordination, der Beizug des Grenzwachtkorps und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit von Justiz und Polizei. Das institutionelle Gefüge zur Gewährleistung der inneren Sicherheit weist bedeutende Mängel auf:

- **Der Einsatz der Armee in der inneren Sicherheit muss zurückgedrängt werden.** Eine überdimensionierte Armee übernimmt immer mehr Aufgaben der inneren Sicherheit. Falsche Anreize führen dazu, dass zivile Behörden staatspolitische Bedenken übergehen. Doch die Verfassung sagt klar, dass die Armee im Innern höchstens «zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen» eingesetzt werden darf. Die SP lehnt den Ordnungsdienst der Armee sowie deren dauerhaften Einsatz zum Objektschutz ab.
- **Der Einsatz privater Sicherheitsdienste muss gesetzlich und vertraglich in Schranken gewiesen werden.** Strenge Auflagen müssen hohe Anforderungen an Qualität und Ausbildung durchsetzen. Die SP wehrt sich gegen die Tendenz, immer mehr Sicherheitsaufgaben an angeblich kostengünstige private Sicherheitsdienste zu delegieren. Im Kernbereich der inneren Sicherheit dürfen private Sicherheitsdienste nicht zum Einsatz kommen, stellt dies doch das Gewaltmonopol des Staates in Frage.

**4. Kinder und Jugendliche brauchen ein stabiles Umfeld und gute Schulen.** Ziel muss sein, Kinder und Jugendliche zu fördern und soziale Abwärtsspiralen zu stoppen. Familie, Schule und Gesellschaft kommt die Aufgabe zu, Freiräume zu gewähren und gleichzeitig klare Schranken zu setzen. Namentlich bei Gewalttaten muss wirksam und schnell eingegriffen werden. Jugendgewalt bekämpfen heisst: Hinschauen, früh eingreifen und entschlossen Grenzen setzen. Nachhaltig ist dabei nur, wer zwei bislang oft getrennte Handlungsebenen vereint: die kurzfristige Intervention und die langfristige Ursachenbekämpfung. Eine Kultur des Hinschauens, das Setzen klarer Grenzen und soziale Integrationsmassnahmen zur Gewaltprävention sind geschickt ineinander zu verweben. Massnahmen zur Eindämmung von Jugendgewalt müssen in allen drei Kreisen – Familie, Schule, Nachbarschaft/weiteres Umfeld – ansetzen, wie dies die Delegiertenversammlung der SP in einer Resolution vom 30. Juni 2007 ausführte. Zum Jugendschutz gehören auch Massnahmen gegen Gewaltdarstellungen in der Mobiltelefonie, auf Video und im Internet.

**5. Wir tolerieren weder Hooliganismus im Sport noch Ausschreitungen durch den Schwarzen Block an Demonstrationen.** Gewalttätige Auseinandersetzungen rivalisierender Anhängerschaften von Sportveranstaltungen müssen mit wirksamen Massnahmen vermieden werden. Auch Grossveranstaltungen wie Konzerte und politische Kundgebungen sollen friedlich verlaufen können, damit die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit tatsächlich gelebt werden kann. Dies erfordert präventive und repressive Massnahmen. Deren Einsatz muss stets verhältnismässig, rechtsstaatlich kontrolliert und unter Wahrung der Grundrechte erfolgen.

**6. Wir wollen die Vision Zero im Strassenverkehr.** Zwar sank in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten um rund 70 Prozent. Aber noch immer fordert der Strassenverkehr jedes Jahr 400 bis 500 Tote und Tausende von Schwerverletzten. Jedes Opfer ist eines zuviel. Die SP steht daher für die vorbehaltlose Umsetzung der Vision Zero. Niemand soll im Strassenverkehr umkommen, schwer verletzt oder dauerhaft behindert werden. Wir brauchen tiefere Tempolimiten, vermehrte Tempokontrollen, konsequente Massnahmen gegen Raser, tiefere Alkohollimiten für Neufahrer und bauliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung.

**7. Wir brauchen Sicherheit im öffentlichen Verkehr.** Das Gewährleisten von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Verkehr ist eine Grundvoraussetzung sozialdemokratischer Verkehrspolitik und gehört zum Service public. Von Vandalenakten verunstaltete Eisenbahnwagen, randalierende oder stark alkoholisierte Fahrgäste und Belästigungen aller Art sind zu verhindern. Um dies zu gewährleisten, braucht es eine genügend dotierte Bahnpolizei und speziell auch nachts begleitete Züge.

**8. Wir brauchen eine umsichtige Gestaltung des öffentlichen Raums.** Für das subjektive Sicherheitsgefühl ist entscheidend, dass Plätze, Unterführungen und Quartierstrassen gut ausgeleuchtet sind, öffentliche Liftanlagen und Haltestelle des öffentlichen Verkehrs transparent gestaltet werden und sich Städte und Agglomerationen dank nachhaltiger Planung und aktiver Wohnbaupolitik so entwickeln, dass Quartiere sozial durchmischt und vielfältig genutzt werden. Gehören Wohnen, Arbeiten, Ausgehen, Einkaufen und Erholen zusammen, sinkt das Risiko gewaltfördernder Ghettobildung.

**9. Wir wollen vor Waffengewalt geschützt sein.** 36% der privaten Haushalte der Schweiz verfügen über Feuerwaffen. Das ist mehr als in den USA und doppelt so viel wie in Frankreich, das in Europa nach der Schweiz den Spitzenplatz einnimmt. Studien beweisen den direkten Zusammenhang zwischen der hohen Verfügbarkeit von Feuerwaffen, Schusswaffen-Suiziden und Drohungen im Rahmen häuslicher Gewalt. Der Schutz vor Waffengewalt ist für die SP zentral: Armeewaffen gehören ins Zeughaus und die Verfügbarkeit von Waffen muss – wie von der SP-geführten Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» angestrebt – generell eingeschränkt werden.

**10. Wir wollen der (männlich geprägten) Verherrlichung von Gewalt entgegenwirken.** Nirgends sonst haben Familienmorde einen so hohen Anteil an Tötungsdelikten wie in der Schweiz. Opfer so genannter Familien- und Beziehungsdramen sind vorab Frauen und Kinder – die Täter sind meist Männer. Nicht wenige betrachten dabei die Verherrlichung von Gewalt, Messerstechereien oder das Arrangieren von Zwangsehen und Beschneidungen als ihr kulturelles Recht. All dies wirft ein Licht auf strukturelle und kulturelle Formen von Gewalt und auf die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen. Für die SP ist klar: Menschenrechte, Gleichheit und Freiheit sind unteilbar. Sie müssen gegen alle Formen der kulturellen Relativierung verteidigt und namentlich die Frauenrechte gegen Macho-Ansprüche gestärkt werden. Dies vermindert stets auch Gewalt.

**11. Massnahmen gegen übermässigen Alkoholkonsum sind dringlich.** Die SP nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei vielen Gewaltdelikten erheblicher Alkoholkonsum im Spiel ist und dass «Koma-Trinken» für einzelne Jugendliche einen Freizeitpass darstellt. Der Jugendschutz sowie Massnahmen zur Alkoholprävention sind deshalb konsequent umzusetzen, wobei die Gemeinden mit den Anbietern zusammenarbeiten sollen. Überdies ist an gefährdeten Stellen der Verkauf von Billig-Alkoholprodukten zu verbieten. Es ist

sicherzustellen, dass das günstigste nichtalkoholische Getränk immer wesentlich billiger ist als alkoholische Getränke.

**12. Wir brauchen im öffentlichen Raum mehr Sauberkeit.** Öffentliche Sicherheit und Sauberkeit sind zwei unterschiedliche Themen, die auch getrennt voneinander angegangen werden sollen. Verwahrloste Quartiere, verschmutzte Spielplätze, Littering, Vandalismus und unerlaubte Sprayereien vermindern indes nicht nur die Lebensqualität, sondern beeinträchtigen auch das Sicherheitsgefühl. Die SP setzt sich für griffige Kampagnen ein, die geeignet sind, wieder für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum zu sorgen.

**13. Die organisierte Bettelei muss konsequent verhindert werden.** In der Regel bestehen dafür bereits die nötigen gesetzlichen Grundlagen. Sie müssen aber – unter Wahrung der Grundrechte – auch um- und durchgesetzt werden.

**14. Kampf gegen Ausländerkriminalität ist Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit.** Es ist statistisch nachgewiesen, dass der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Kriminalität, insbesondere an der Gewaltkriminalität, überdurchschnittlich hoch ist. Das hat nichts mit der Nationalität zu tun, sondern mit der Situation der ausländischen Täter und Täterinnen. Auf der einen Seite gibt es Täter und Täterinnen, die aus gewalt- oder kriegsbelasteten Gegenden stammen, was sich negativ auf ihr eigenes Verhältnis zur Gewalt auswirken kann. Auf der anderen Seite besteht ein enges Verhältnis zwischen der sozialen Schicht resp. der sozialen Situation einer Person und ihrer Neigung zur Kriminalität. Der hohe Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Kriminalität hat daher primär damit zu tun, dass sich diese in erhöhtem Mass in sozial schwierigen Situationen befinden. Für die SP bedeutet daher Kampf gegen Ausländerkriminalität primär Kampf gegen soziale Ungleichheiten.

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung der SP Schweiz und ihre Fachkommissionen, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien auf der Grundlage dieser Eckwerte ein Konzept für eine sozialdemokratische Politik der öffentlichen Sicherheit auszuarbeiten. Das Konzept soll von der Delegiertenversammlung der SP Schweiz verabschiedet werden.

**Stellungnahme der Geschäftsleitung:** Stellungnahme der Geschäftsleitung: An die Fachkommission zurückweisen mit dem Auftrag, der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2008 oder dem Parteitag vom 25./26. Oktober 2008 in Aarau ein antragfähiges Positionspapier "Öffentliche Sicherheit für alle" vorzulegen. Das Thema ist von hoher Wichtigkeit und verdient eine breitere Debatte als dies anlässlich der Verabschiedung einer Resolution möglich ist.

**Beschluss Parteitag:**

